

Beschluss:

Kostendruck beim Wohnen reduzieren. Gutes Wohnen für Alle ermöglichen.

Der Kreisverbandsausschuss am 21.05.2021 hat beschlossen:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- Befreiung von der Grunderwerbsteuer für die erste eigengenutzte Wohnimmobilie.
- Eine Harmonisierung des Bauordnungsrechts unter den Ländern. Notfalls im ersten Schritt durch regionale Cluster.
- Zeitweise Aussetzung der Grundsteuer bei Ersatz von Jahresmittelsummen an die Kommunen durch Land und Bund.
- Anpassung von Standards, wie Energieeffizienzstandards oder Lärmschutz, durch sorgfältige Abwägung von Effektivität und Aufwand.
- Hohe Brandschutzstandards erhalten, weitere Verschärfungen jedoch nur bei dringendem Bedarf.
- Bestehende kommunale Wohnungsbaugesellschaften erhalten.
- Wohnvermittlung für Wohnungslose vereinfachen und ausbauen, wie beispielsweise durch WohnECK.

Begründung:

Der fehlende Wohnraum ist längst nicht nur Thema von großen Metropolregionen, sondern zunehmend auch im ländlichen Raum. Neben den besonderen Situationen beispielsweise auf der Insel Sylt, sind die Probleme auch in Nordfriesland auf dem Festland gegenwärtig. Eine Verschärfung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum kann oder hat sich vielleicht schon zu einer neuen sozialen Frage entwickelt.

Entgegen Vereinfachungen und Populismus, insbesondere im politischen Spektrum der Linken, ist dies allerdings nicht durch einseitige und rigorose staatliche Beteiligung zu lösen. Ebenso würde auch ein Mietendeckel nur neue Härtefälle schaffen. Statt Vermietern eine Investition in Wohnraum immer weiter zu erschweren und dies unattraktiv werden zu lassen, muss eine nachhaltige Lösung her: Es muss mehr Wohnraum geschaffen werden. Sowohl in Form von eigengenutztem Eigentum, als auch Mietwohnungen. Bauen muss schneller und einfacher werden. In Rahmen einer ganzheitlichen Lösung ist dies zwingend und muss dann durch sozialpolitische Unterstützung ergänzt werden.